Überblick[1]

Nach einer deutlichen Abkühlung Ende 2022 nahm die Dynamik der Weltwirtschaft Anfang 2023, getragen durch die Schwellenländer, wieder Fahrt auf. Die Entwicklung der Industrienationen bleibt weiterhin durchwachsen. Das globale Wachstum wird laut OECD von 3,3% im Jahr 2022 auf 2,7% im Jahr 2023 fallen und sich danach auf 2,9% beschleunigen. Der zugrunde liegende Preisdruck wird 2023 zwar erhalten bleiben, jedoch rechnet die OECD aufgrund der rückläufigen Energiepreise mit einem Rückgang der globalen Inflationsrate auf 6,6%. In den USA setzt sich der Inflationsrückgang trotz robuster Arbeitsmarktentwicklungen fort. Die seit Sommer 2022 beobachtbare Wachstumsschwäche der US-Wirtschaft wird sich laut OECD aber fortsetzen, womit das reale BIP-Wachstum 2023 nur 1,6% betragen wird. Nach einem starken ersten Quartal dürfte sich auch die Wachstumsdynamik in China einbremsen. Der Beitrag des Immobiliensektors liegt deutlich unter seinem historischen Durschnitt und auch sinkende Preise bei für China wichtigen Rohstoffen untermauern diese Einschätzung. In ihrer aktuellen Prognose geht die OECD von einem Wachstum von 5,4% für 2023 aus. Der aktuelle globale Ausblick ist durch Unsicherheiten über die Auswirkungen der raschen geldpolitischen Normalisierung und der Verunsicherungen im Bankensektor geprägt.

Für die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) erhöhte die Europäische Kommission ihre Wachstumsprognose für 2023 auf 1,2% im Mai (von 0,9% im Februar) und für 2024 von 2,5% auf 2,8%. Die durchschnittliche Inflationsrate sank im April 2023 auf 13,7% und erreicht ihren niedrigsten Wert seit einem Jahr.

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum hat im ersten Quartal 2023 sowie schon im 4. Quartal 2022 stagniert. Die Entwicklung in den Euroraumländern war heterogen: So rutschte Deutschland, das unter rückläufigen China-Exporten und einer Schwäche der Automobilindustrie leidet, in eine technische Rezession (-0,3% im ersten Quartal 2023 nach -0,5% im vierten Quartal 2022). Die HVPI-Inflationsrate des Euroraums setzt ihren seit Oktober 2022 anhaltenden Abwärtstrend fort und betrug im Mai 6,1%. In ihrer Frühjahresprognose geht die Europäische Kommission von einem BIP-Wachstum von 1,1% für 2023 und 1,6% für 2024 aus. Die Inflationsprognose wurde aufgrund des höher als erwarteten Lohnwachstums und anhaltend hoher Nahrungsmittelpreise nach oben revidiert (2023: 5,8%, 2024: 2,8%). Abwärtsrisiken für das Wachstum ergeben sich aus einer weiteren Straffung der Geldpolitik, Turbulenzen im Bankensektor, zunehmenden geopolitischen Spannungen und erneuten Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Energiepreise und -versorgung.

Die OeNB erwartet in ihrer jüngsten Prognose vom Juni 2023 eine Konjunkturbelebung im zweiten Halbjahr und ein BIP-Wachstum von 0,5% im Jahr 2023. 2024 wird sich das Wachstum auf 1,7 % beschleunigen. Die HVPI-Inflation erreichte energiepreisgetrieben mit 8,6 % im Jahr 2022 ihren Höhepunkt. Der Preisauftrieb wird sich in den Jahren 2023 bis 2025 abschwächen, aber auch 2025 mit 2,9 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegen. Während von den Energiepreisen keine nennenswerten Beiträge zu erwarten sind, bildet sich die Inflation im Dienstleistungsbereich nur langsam zurück, weshalb die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) im Jahr 2024 mit 5,1 % um 1 Prozentpunkt über der HVPI-Rate liegen wird. Der Arbeitsmarkt ist von anhaltendem Arbeitskräftemangel gekennzeichnet. Daher wird für das Jahr 2023 trotz der Konjunkturschwäche nur mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 6,4 % gerechnet. Bis 2025 wird die Arbeitslosenquote auf knapp über 6 % sinken. Trotz Stagflation geht der Budgetsaldo im Jahr 2023 aufgrund des Auslaufens temporärer Fiskalmaßnahmen (insbesondere der COVID-Krisenmaßnahmen) auf -2,6 % des BIP zurück. Die Schuldenquote wird vor allem aufgrund des inflationsbedingt hohen Wachstums des nominellen BIP von 78,4 % im Jahr 2022 auf 70,9 % im Jahr 2025 sinken.

[1] Autor: Richard Sellner (Referat Konjunktur)